

Stand: 18.05.2024 17:31:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4616

"Umgehende Maßnahmen zum Schutz unserer Bahn- und Pkw-Pendler - Unannehmlichkeiten von München bis nach Stuttgart verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4616 vom 07.11.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4692 vom 07.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Umgehende Maßnahmen zum Schutz unserer Bahn- und Pkw-Pendler – Unannehmlichkeiten von München bis nach Stuttgart verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend alle noch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die bayerischen Pendler zu unterstützen, die zwischen dem 24.11.2019 und 14.12.2019 von den Auswirkungen der Zugausfälle im Fernverkehr auf der Strecke zwischen München und Ulm betroffen sind.

Folgende Forderungen sollen umgesetzt werden:

1. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass Bahnpendler, die die betroffene Route nutzen, schnellstmöglich über Sperrungen, Zugausfälle, alternative Routen und weitere Komplikationen sowie deren Umgehungsmöglichkeiten informiert werden. Überdies soll sie sich im Zuge erhöhter Bautätigkeiten der Deutschen Bahn grundsätzlich dafür einsetzen, dass die Abstimmung zwischen Fern- und Nahverkehren optimiert, sowie die Kommunikation zwischen Bahn und Kunde verbessert wird. Die negativen Auswirkungen auf die betroffenen Pendler in Bayern sollen minimiert werden.
2. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass Pkw-Pendler, die Hauptverkehrsrouten nutzen, welche durch die ausfallenden Bahnen überdurchschnittlich zusätzlich strapaziert werden könnten, schnellstmöglich über zu erwartende Staus und deren Umgehungsmöglichkeiten unterrichtet werden.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Nahverkehrszüge entlang der Route mit vollen Kapazitäten möglichst störungsfrei fahren und dies nicht mit geringerer Zahl an Wagengarnituren, wie beim Fugger-Express fast täglich praktiziert. Hierbei soll die Bayerische Eisenbahngesellschaft und die Deutsche Bahn miteinbezogen werden.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Möglichkeit die vorgesehenen Maßnahmen mit der Landesregierung in Baden-Württemberg für die länderübergreifende Strecke abzustimmen.
5. Die Staatsregierung soll dem zuständigen Ausschuss mündlich und schriftlich über mögliche Baustellen und Bautätigkeiten der DB AG im Jahr 2020 in Bayern sowie über den Erfolg der für die Strecke München - Stuttgart ergriffenen Maßnahmen berichten.

Begründung:

In der Zeit vom 24.11.2019 (23 Uhr) bis 15.12.2019 (4 Uhr) werden die Gleise der Neubaustrecke zwischen Stuttgart und Ulm an den Hauptbahnhof Ulm angeschlossen. Während dieser Zeit werden die meisten Züge des Fernverkehrs, die sonst in Ulm Hbf

halten, umgeleitet oder sie entfallen. In der Folge wird auf bayerischer Seite der Bahnhof Günzburg vom Fernverkehr abgehängt. Nur wenige Zusatzzüge werden eingeplant. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden damit die Kapazitäten der Regionalbahnen nochmals überlastet. Da auch der entsprechende Straßenverkehr zusätzlich belastet werden könnte, sind Pkw-Pendler über potenzielle zusätzliche Staus und Stauzeiten sowie deren Umgehungsmöglichkeiten zu informieren.

Um eine völlig unkoordinierte Überlastung zu vermeiden, muss die Staatsregierung verschiedene Maßnahmen ergreifen, damit chaotischen Verhältnissen auf den entsprechenden Schienen und ggf. Straßen vorgebeugt wird. Im Optimalfall soll dies mit der Landesregierung in Stuttgart gemeinsam koordiniert werden. Das Ziel muss sein, die Pendler entlang der Strecke sinnvoll und umfassend zu unterstützen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/4616

**Umgehende Maßnahmen zum Schutz unserer Bahn- und Pkw-Pendler –
Unannehmlichkeiten von München bis nach Stuttgart verhindern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harald Güller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Angelika Schorer

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Manfred Eibl

Abg. Sebastian Körber

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Damit Bahn-Pendler nicht auf der Strecke bleiben - dringende Vorkehrungen für bevorstehende Zugausfälle treffen (Drs. 18/4565)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Umgehende Maßnahmen zum Schutz unserer Bahn- und Pkw-Pendler - Unannehmlichkeiten von München bis nach Stuttgart verhindern (Drs. 18/4616)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Harald Güller. Ich bitte Sie alle, Ihre Plätze wieder einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Den Sachverhalt kann man relativ schnell zusammenfassen und er ist gar nicht so untypisch. Ich sage ausdrücklich: Das geht nicht in Richtung der Bayerischen Staatsregierung und auch nicht in Richtung der BEG, sondern in Richtung der Deutschen Bahn:

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Deutsche Bahn Fernverkehr, Deutsche Bahn Baustellenmanagement und dann die Schnittstelle zum Regionalverkehr – da weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut. Das droht Ende November/Anfang Dezember zu einem Chaos auf der Strecke zwischen Ulm, Augsburg und München zu führen. Es geht darum, dass Züge ausfallen, aber nicht sichergestellt ist, dass die Pendlerinnen und Pendler – denn diese Fernzüge werden ab Augsburg auch sehr stark von diesen genutzt – auch in anderen Zügen Plätze finden. Dazu müsste man innerhalb eines Konzerns miteinander sprechen und sich informieren. Ich fahre diese Strecke mehrfach in der Woche und die Zugbegleiter

waren in den letzten Tagen bass erstaunt, wenn man ihnen sagte, was Ende des Monats auf sie zukommt.

(Alexander König (CSU): Vielleicht fahren die Bahn-Oberen alle mit dem Auto!)

Deshalb muss das Baustellenmanagement hinsichtlich der Folgen für die Baustellen bei der Bahn deutlich verbessert werden. Dem soll dieser Antrag dienen, und die Bayerische Staatsregierung ist dazu aufgefordert, in Gesprächen Einfluss zu nehmen. Daher freut es mich auch, dass es inzwischen eine Formulierung des SPD-Antrages gibt, die – so ist es signalisiert worden – von FREIEN WÄHLERN und CSU übernommen wird. Die SPD ändert deshalb den Wortlaut ihres Antrags folgendermaßen:

Die Staatsregierung wird gebeten, ihre Bemühungen und Gespräche zu intensivieren, um zu erreichen, dass angesichts der Ende November/Anfang Dezember 2019 durch Bauarbeiten wegfallenden Fernzugverbindungen zwischen Stuttgart und München (und Gegenrichtung) die Pendlerinnen und Pendler an der Strecke möglichst wenig von den Folgen betroffen werden.

Die weiteren Einzelpunkte fallen weg. Der vierte Spiegelstrich wird umformuliert:

Die Staatsregierung gibt dem zuständigen Ausschuss schriftlich über die anstehenden Baustellen und Bautätigkeiten der DB AG im Jahr 2020 in Bayern und die jeweiligen "Abfederungen" der Auswirkungen für die Schienenpendlerinnen und -pendler einen Bericht.

Die Begründung wird selbstverständlich nicht mitbeschlossen.

Ich bitte Sie um Zustimmung, um die Pendlerinnen und Pendler auf der Strecke zwischen Augsburg und München in diesem Zeitraum zu unterstützen und hinzubekommen, dass die Pendlerinnen und Pendler im übrigen Bayern, wo es in Zukunft sehr viele Baustellen geben wird, die auch notwendig sind, einbezogen werden und es für sie gute Lösungen gibt.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes für die AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD thematisiert die drohenden Zugausfälle zwischen Stuttgart und München durch eine Baustelle in Ulm Ende des Jahres. Den Antrag, der gerade vorgetragen wurde, begrüßen wir. Trotzdem haben wir einen eigenen Antrag gestellt. Ich erkläre noch einmal, warum: weil der Text zur Begründung des SPD-Antrags diskriminierende Positionen beinhaltet, die wir so keinesfalls teilen können.

(Horst Arnold (SPD): Gegenüber wem denn?)

– Zuhören. – Pendler sollen auf den motorisierten Individualverkehr zunehmend verzichten, was nichts mit Arbeitnehmerfreundlichkeit zu tun hat. In ländlichen Bereichen sind Arbeitnehmer auf das Auto angewiesen. Wir stellen uns entschieden gegen den CO₂-Irrsinn und klimaideologische Verbote. Das ist mit uns nicht zu machen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden aber, nachdem der Antrag der SPD so vorgetragen und die Begründung gestrichen wurde, auch den SPD-Antrag unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Angelika Schorer von der CSU-Fraktion.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es, dass die SPD hierbei zu einer Einigung gekommen ist, und vor allem, dass wir uns einig sind, dass die Bemühungen der BEG sehr intensiv sind, und dieser Antrag entsprechend abgeändert worden ist. Ich denke, die Bemühungen, die die Bayerische Eisenbahngesellschaft in der Vergangenheit unternommen hat, und vor allem die Tatsache – das wissen wir aus dem zuständigen Ausschuss –, dass hier seit

einigen Jahren das Baustellenmanagement finanziell unterstützt wird, obwohl keine Zuständigkeit besteht, sind etwas sehr Wichtiges.

Lieber Herr Kollege Güller, Sie haben es deutlich gemacht: Das Baustellenmanagement muss beim Bund intensiviert werden, nachdem auch in der Zukunft sehr viele Baustellen kommen werden, um die Zugverbindungen zu verbessern und die Fahrzeiten zu verkürzen. Aber es ist auch wichtig und erwähnenswert, dass ab 2020 mit den LuFV-II-Mitteln, mit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, insbesondere für das Baustellenmanagement noch mehr getan werden muss und vom Bund auch mehr getan wird.

Ich kann nur noch einmal sagen: Ich bin froh, dass hierbei nochmals intensiviert – das wollen wir natürlich alle – und der Antrag so geändert wird. Ich betone nochmals, da dies gerade Thema war: Die Begründung ist gestrichen. Sie wird nicht mitbeschlossen.

(Horst Arnold (SPD): So haben wir es gesagt! Das ist schon seit siebzig Jahren so!)

– So hat es der Kollege Güller gerade gesagt. Der Eingangstext wird geändert, und dem schriftlichen Bericht können wir zustimmen. Aber ich denke, es ist wichtig, dass die Deutsche Bahn nochmals intensiv darauf hingewiesen wird, dass sie mehr Züge, die dann den Umweg über Aalen nach Stuttgart fahren, über Augsburg fahren lässt.

Wir stimmen zu. Dem Antrag der AfD, der noch mehr beinhaltet, können und wollen wir nicht zustimmen; denn darin sind Themen enthalten, für die der Freistaat Bayern nicht zuständig ist und für die wir auch nicht mehr tun können als das, was aktuell bereits getan worden ist.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Schorer. – Das Wort hat der Kollege Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank an die SPD, Harald Güller, für diese Initiative. Es sind viele gute Dinge enthalten, auch in der ursprünglichen Version, die auch PRO BAHN völlig zu Recht einfordert, und wir werden natürlich dem abgeänderten Antrag zustimmen. Nach meiner Kenntnis wird über die Begründung nicht abgestimmt, wir könnten aber auch dieser Begründung zustimmen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich selbst darf nun seit einem Jahr fast täglich auf der Strecke Ulm – Augsburg – München mit dem Zug unterwegs sein und kann Ihnen aus eigener Erfahrung versichern: Im Vergleich zum Pendeln mit dem Auto ist das Zugfahren bequemer, klimafreundlicher und vor allem auch schneller. Allerdings erlebt man bei dem täglichen Pendeln auch, warum sich viele Menschen gerade auf dieser Strecke mit dem Wechsel vom Auto in den Zug immer noch schwertun. Zusätzlich zu den im ursprünglichen Antrag angeführten Punkten nenne ich nur einige Beispiele:

Ich durfte mehrfach miterleben, wie Züge auf dieser Strecke derart voll waren, dass die Bahn mit Räumung drohen musste. Zahlreiche Fahrgäste mussten aussteigen, bevor der Zug weiterfahren konnte. Wenn die Züge pünktlich unterwegs sind, dann stockt es bei der Einfahrt in die Bahnhöfe in Augsburg und München. Die Züge bleiben dann länger stehen, weil kein Gleis frei ist.

In der ursprünglichen Version des Antrages war von fehlenden Informationen die Rede. Noch schlechter als fehlende Informationen sind falsche Informationen. So wurde uns Fahrgästen zum Beispiel einmal zwischen München und Ulm mehrfach via Durchsage versichert, dass der Anschluss erreicht werde. Wenn man dann aber umsteigen möchte, sieht man doch nur noch die Rücklichter des Anschlusszuges; und gerade im ländlichen Raum dauert es manchmal zwei Stunden, bis der nächste Zug kommt.

Nach all diesen Erfahrungen verwundert es mich letztendlich leider nicht, dass der Fugger-Express im aktuellen BEG-Ranking nur auf Platz 28 von 31 liegt. Wenn nun auch noch der Ulmer Bahnhof Ende November umgebaut wird, dann muss das Ganze selbstverständlich so fahrgastfreundlich wie möglich ablaufen. Daher werden wir dem abgeänderten SPD-Antrag natürlich zustimmen. Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Deisenhofer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl für die FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf ein paar Punkte eingehen. Zunächst zu den Problemen beim Fugger-Express: Die BEG ist natürlich für die Bestellung des SPNV zuständig. Wegen der angespannten Fahrzeugsituation steht man aber mit der DB Regio in ständigem und sehr intensivem Kontakt. Als kurzfristige Maßnahmen zur Reduzierung der Zugkürzungen beim Fugger-Express stellt die DB mittlerweile mehrere Ersatzfahrzeuge sowie eine zusätzliche Doppelstockgarnitur zur Verfügung. Ein bis zum kommenden Fahrplanwechsel festgelegter Zeitpunkt soll diesbezüglich eingehalten werden.

Des Weiteren hat die DB Regio einen Maßnahmenplan zur Stabilisierung vorgelegt, der zahlreiche Einzelmaßnahmen vorsieht, unter anderem eine gezieltere Instandhaltung, eine gezielte Materialversorgung und die Verlagerung der Instandhaltungsarbeiten aus Werkstätten zum DB Fernverkehr. Dies alles wird in die Wege geleitet.

Zu den einzelnen Maßnahmen, zum Beispiel zum Baustellenmanagement, haben meine Vorredner schon ausführlich geantwortet. Ich kann nur sagen: Die FREIEN WÄHLER schließen sich diesem Antrag an und stimmen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Eibl. – Für die FDP spricht Herr Kollege Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem Herr Kollege Güller die Änderungen gerade vorgetragen hat, kann ich in Aussicht stellen, dass wir dem Antrag in der geänderten Fassung zustimmen werden. Allerdings sehe ich noch keine genaue Zuständigkeit. Wir können uns viel wünschen. Das ist ein Appell an den Bund und an den Bundesverkehrsminister, der bei der Bahn der operative Gesellschaftsvertreter ist.

(Alexander König (CSU): Wir sind doch Kümmerer!)

Das Baustellenmanagement ist nur ein Punkt. Wir wissen, wie das ist, wenn das Reservierungssystem ausfällt, wenn sich die Wagenreihenfolge ändert und wenn es zu Verspätungen kommt.

(Alexander König (CSU): Ich kann ein lustiges Buch über zwanzig Jahre Bahn in Deutschland schreiben!)

Wichtig wäre, dass wir insgesamt einen innovativeren Ansatz finden und digitaler werden. Die Verkehrsträger müssten besser miteinander verzahnt werden, wie wir Freien Demokraten das im Rahmen eines Mobilitätskonzepts vorgeschlagen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist klar: Es ist schön, wenn der verspätete Zug irgendwann verspätet ankommt, aber nicht, wenn der Bus, der einer anderen Zuständigkeit unterliegt, vor fünf Minuten davongefahren ist. Hier wäre es uns Freien Demokraten wichtig, dass der Bus wartet, um den Verkehr vor Ort zu sichern. Das können wir aber nicht lösen. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Den Antrag der AfD, der ein bisschen zu undifferenziert ist und auch noch die Pkws einbezieht, werden wir ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Körber. – Ich sehe keinen weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/4565 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme von Herrn Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/4616 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD stimmt diesem Antrag zu. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hahn, Ebner-Steiner, Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Kindeswohlgefährdung durch ‚Original Play‘ – das Einfallstor für Pädophile in Kitas und Kindergärten" auf Drucksache 18/4564 bekannt. Mit Ja haben 20, mit Nein 153 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)